

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.M. für auswärts 0,40 R.M. Die Anzeigenzeile im Anschlag an redaktionellen Text 19 mm breit kostet 2 R.M. für auswärts 2,50 R.M. — Die Briefgebühren für Zusatzenanzeigen beträgt 0,30 R.M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewehr nicht übernommen werden.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27951—27953 • Telegr.: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060

**Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung**

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Postamt 2,25 R.M. in der Tschechoslowakei monatlich 3 R.M. 15. Postbezugs für den Monat 2,25 R.M. einschließlich 0,75 R.M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühren). Anzeigenbelegungen: Für die Woche 1,70 R.M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Ost-Preussens 15 R.-Pf.

Nr. 201 / 39. Jahrgang

Mit der Beilage „Technische Umschau“

Connabend, 29. August 1931

Französisch-amerikanische Anleihe für England

Die Finanzbesprechungen in Paris und New York — Vorläufig keine neuen Schritte Hoovers

Amerika hält sich zurück

Washington, 28. August. (Durch Funkdruck.) Der stellvertretende Unterstaatssekretär Cahle äußerte sich über die bevorstehende Währungsbesprechung und bezeichnete sie als nächste außenpolitische Hauptaufgabe. Das Staatsdepartement werde, so führte Cahle u. a. aus, sofort nach Wilsons Rückkehr mit der Vorbereitung für die Genfer Konferenz beginnen.

Die Washingtoner Kommentatoren der Morgenblätter deuten diese Erklärung dahin, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht geneigt sei, irgendwelche bedeutenden Schritte in der Richtung Währungs- und Reparationsfrage vor der Konferenz vorzuschlagen. Die Regierung beabsichtigt keine Verhandlungen zwischen einer Mission der Schuldlosen auf amerikanischer Seite und der Abklärung Europas. Die Erklärung Cahles wird daher sowohl als Antwort auf gewisse amerikanische Wünsche, wie auch auf die von dem deutschen Reichskanzler ausgehenden Erwartungen angesehen. Cahle erwiderte auf die Frage, ob Hoover irgendwelche Schritte in der Schuldfrage vor Inkommensurität des Kongresses im Dezember zu unternehmen gedenke, daß weder ein Grund zu einer solchen Annahme bestehe, noch sich ergeben könne. Ebenso verneinte Cahle, daß die Währungs- und die Reparationsfrage irgendwie verknüpft würden, oder daß die Währungsbesprechung verhandelt werden sollte.

Vorbereitungen für Genf

Berlin, 28. August. (Sp. Drahtbericht) Obwohl die vorbereitenden Besprechungen über Genf gestern abgeschlossen wurden, ist es möglich, daß vor der Abreise der deutschen Delegation das Kabinett nochmals zusammentritt, um einmal noch die Sollunionsfrage und die russisch-französisch-polnischen Verhandlungen zu erörtern. Heute wird der Reichsaussenminister Dr. Cuzkius dem russischen Außenminister Litwinow, der auf der Durchreise nach Genf in Berlin Station macht, ein Frühstück geben. Bei der Gelegenheit wird man sich dann wohl eingehend über die Ringverhandlungen Paris-Rostow, Rostow-Berlin unterhalten. An der Vorbereitung wird natürlich auch der deutsche Botschafter in Rostow, v. Dirlsen, teilnehmen, der, wie bekannt, bereits gestern in Berlin eingetroffen ist. Man möchte nur hoffen, daß die deutsche Unterredung etwas mehr Klarheit über die Absichten verbreitet, von denen sich die Räteregierung in ihren Verhandlungen mit Frankreich und Polen leiten läßt.

Litwinow in Berlin

Berlin, 28. August. (Durch Funkdruck) Der Volkskommissar für Auswärtiges, Litwinow, ist mit den Mitgliedern der sowjetrussischen Delegation für Genf heute vormittag 9,45 Uhr auf dem Schlesischen Bahnhof eingetroffen. In seiner Begleitung hatten sich der deutsche Botschafter in Rostow, v. Dirlsen, vom Konsulnämteramt u. a. der Dirigent der Ostabteilung, General Meyer, und der landwirtschaftliche Berater als Stellvertreter der Ost-Protokolle sowie Mitglieder der Volkshilfe der Sowjetunion eingefunden.

Lord Cecil vertritt England in Genf

London, 28. August. (Durch Funkdruck) Es wird berichtet, daß Lord Cecil erster Delegierter der britischen Regierung bei der Genfer Tagung des Währungsverbandes und der Währungsvereinsamlung sein wird. Ueber die Namen der übrigen Delegierten ist noch nicht entschieden worden.

Neue Stützungsaktion für das Pfund

Telegramm unfres Korrespondenten

R.F. London, 28. August

Ein neuer kurzfristiger Kredit für die englische Regierung in Höhe von 500 Millionen Dollar steht vor dem Abschluß. Amerikanische und französische Privatbanken werden sich in den Kredit teilen. Präsident Hoover soll bereits seine Zustimmung zur Teilnahme der amerikanischen Bankengruppe gegeben haben, an deren Spitze das Haus Morgan steht. In Paris haben Vertreter des englischen Schatzamtes und der Bank von England gestern mit dem französischen Finanzminister und einer Reihe von Banken verhandelt. Der endgültige Abschluß des Kredits wird für heute erwartet. Es wird angenommen, daß die Dauer des Kredits zwölf Monate sein soll. In einigen Kreisen vermisst man, daß alsbald Vorbereitungen für eine spätere Umwandlung des Kredits in eine langfristige Anleihe getroffen werden sollen. An den Kreditverhandlungen hat übrigens auch der Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, teilgenommen, der sich zur Zeit in Bar Harbor in Canada befindet, wohin mehrere New Yorker Bankiers im Flugzeug gereist sind. Der Kredit, der diesmal nicht der Bank von England, sondern direkt dem englischen Schatzamt gewährt wird, ist als groß genug, um jede weitere Gefährdung der Pfundwährung auszuschließen, vorausgesetzt, daß keine neue unerwartete Vertrauenskrise eintritt.

Die politischen Konsequenzen

Telegramm unfres Korrespondenten

ch. Paris, 28. August

Am Mittwoch sind Vertreter des englischen Schatzamtes und der Bank von England unter der Führung von Leith-Stoll und Cleymann in der französischen Hauptstadt eingetroffen. Ihr Ziel ist die Aufnahme eines neuen Kredits. Man hatte den Engländern den Weg so leicht wie möglich gemacht, indem man ihnen Besprechungen mit dem französischen Finanzminister und den maßgebenden Beamten des Finanzministeriums bezüglich einer großen in Paris ausstehenden Anleihe vorhielt. Der Einlassung leisteten jedoch englische Finanzbelegungen Folge.

Der dem Finanzministerium besonders nahestehende „Excelsior“ prüft die Kreditbeträge, die für Paris und New York in Frage kommen könnten. Dem Blatt zufolge werden sich diesmal die beiden Notendanken nicht zu gleichen Anteilen an der Anleihe beteiligen, wie es bei der großen Kreditaktion für die Bank von England der Fall war, sondern Amerika wird als Beteiligter in der größeren Geldsumme auch höhere Kredite zur Verfügung stellen. Frankreich werde aber alle Kräfte in Bewegung setzen, um der Finanznotlage Englands abzuhelfen. Die englische Anleihe bezeichnet der „Excelsior“ zunächst als „eine Angelegenheit der Freundschaft“. Es sei für jeden Franzosen „ein erhebender Gedanke, daß in den schwierigen Stunden die alte Entente cordiale, geknüpft auf Amerika, zu neuem Leben erwache“. Es bestehe Aussicht, diese Entente cordiale zum reinen Finanzgebiet auf das Gebiet der Wirtschaft auszuweiten, um Frieden und Sicherheit zu gewährleisten.

Weiterer Verlauf der Kreditverhandlungen

Telegramm unfres Korrespondenten

ch. Paris, 28. August

Das neue französisch-amerikanische Kreditprojekt für England bildete gestern den Gegenstand einer Aussprache zwischen den Vertretern der Großbankinstitute, die am Sitz der Bank von Frankreich tagten. Entschuldigungen wurden nach keiner Richtung getroffen, jedoch kam von allen Seiten die Bereitschaft zur Mitarbeit zum Ausdruck, so daß man mit einem sehr günstigen Verlauf der auf Freitag vertagten Verhandlungen rechnet. Die aus New York eingetroffenen Kabinetsdelegationen besaßen, daß es sich vorerst um eine Transaktion der Großbanken handelt, daß aber später eine öffentliche Emission zur Umwandlung der kurzfristigen langfristige Kredite geplant ist.

Die „Agence Economique et Financière“ läßt sich aus New York melden, daß der französisch-amerikanische Bankkredit in Gestalt von zwei bis dreimonatlichen Schatzbons gewährt werden soll, die von dem betreffenden französischen und amerikanischen Großbanken angekauft werden. Die Erträge von diesen Bonds sollen von der britischen Regierung bei der Bank von England hinterlegt werden. Die Hälfte des Anleihebetrages wird zur Abdeckung des von wenigen Wochen gewährenden kurzfristigen 50-Millionen-Pfund-Kredits benutzt werden, der aber nur teilweise in Anspruch genommen ist.

Nach dem Sturm

Telegramm unfres Korrespondenten

R.F. London, 28. August

Mackdonald ist nach Schottland abgereist, um sich ein paar Tage von den Anstrengungen der Regierungskrise zu erholen. Vor der Abreise erhielt er noch den Besuch des amerikanischen Staatssekretärs Wilson.

Recht der Nationalitäten

Rückblick auf die Schandauer Tagung

Dem Journalisten ist es nicht ohne Vergnügen, von Tagungen und Kongressen einen so starken und tiefen Eindruck mitzunehmen, wie es bei der Schandauer Tagung der deutschen Volksgruppen in Europa der Fall war. Was dazu beitrug haben, daß jeder der Zuhörer das Empfinden hatte: „Tun res agitur!“ — auch um keine ureigenen Interessen geht es mit.“ Dazu kam noch etwas anderes, etwas Besonderes: Es waren die beruflichen Repräsentanten der völkischen Gruppen in Europa, die in Schandau zusammengekommen waren. Führer, die seit mehr als zehn Jahren täglich und stündlich sich von der Verantwortung Rechnung zu geben gezwungen sind, die sie für ihre Volksteile und für die Gesamtheit des Volkstums tragen, Männer, deren hohe Heiligkeit ein Niveau der Verhandlungen verbürgte, wie es nicht immer anzutreffen ist. Es war auf dieser ersten Tagung das erste Mal, daß man die Presse zu den Verhandlungen eineladen hatte, die die Gelegenheit der Orientierung über Minderheitsfragen an so kompetenter Stelle gern wahrgenommen hat. Sie hat nur den einen Wunsch, daß ihre Funktion, Vermittlerin für die breite Öffentlichkeit zu sein, künftig nicht auf die Verbreitung von Communiqués beschränkt wird. Sie versteht diese Vorkehrung, aber es darf nach dem Verlauf der Tagung gesagt werden, daß sie unnötig ist; unnötig schon deshalb, weil der Verband der deutschen Volksgruppen in Europa die Voraussetzungen erfüllt, die der von ihm mitgegründete Europäische Nationalitätenkongress für die Zulassung als Mitglied fordert:

„Es darf keine Gruppe angenommen werden, die eine territoriale Lösung ihres Problems zum Gegenstand der Diskussion zu machen wünscht.“

Mit dieser Bestimmung ist die Vorklärung gegen den Staat gewährleistet, die Diskussion vornehmlich auf das geistige Gebiet gedrängt, auf dem die Schandauer Tagung sich bewegte. Es mag ja sein, daß es Staaten gibt, denen diese Diskussion nicht ganz bequem ist.

Der geistige Kampf nicht nur der deutschen Volksgruppen, sondern der insgesamt 40 Millionen Menschen verschiedener Nationalität, die durch Verträge des Jahres 1919 fremden Nationalitäten angeteilt wurden, geht um die Verwirklichung des Rechts. In dem Vertrag über den Schutz der Minderheiten, der zwischen den „alliierten und assoziierten Mächten“ und zwölf Staaten Europas, u. a. der Tschechoslowakei, Südslawien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Dänemark und Litauen, abgeschlossen wurde, sollten allen Staatsbürgern der neuen oder vergrößerten Staaten ohne Unterschied des Volkstums, der Sprache und der Religion die gleichen bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte gewährleistet werden. Wie die Lage tatsächlich ist, hat u. a. Otto Jungmann neuerdings darzulegen. Die Verwirklichung dieser Grundrechte würde den Minderheiten eine kulturelle Autonomie bringen, die die ungeschulte Erhaltung ihrer Sprache, und damit ihrer Sprache und Kultur, sichern und die Spannungen zwischen den Minderheiten und den Völkern in weitem Maße lindern würde. Diese Forderung trat bei den Debatten in Schandau immer wieder hervor. Daß dieser Weg gangbar ist, zeigt das Beispiel Estlands, wo durch die Initiative des Abgeordneten Casselblatt, des jetzigen Generalsekretärs des Verbandes der deutschen Volksgruppen, Fortschritte erzielt worden sind. Eingehend wurde in Schandau über die Gestaltung des politischen Bildes in Europa gesprochen. Bemerkenswert war dabei, daß fast ohne Ausnahme die Verkündung einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich als notwendige Voraussetzung dafür bezeichnet wurde, daß das Schicksal der Minderheiten, und insbesondere das der deutschen Minderheiten, sich erträglich gestalten kann. Es scheint doch, daß auch unter diesem Gesichtspunkt die bisher verfolgte deutsche Außenpolitik richtiger war, als sie von Kreisen empfohlen wurde, deren reines nationales Bollen nicht in Zweifel gesetzt werden soll. In gleicher Weise wird man zu bedenken haben, ob die Ablehnung des Währungsverbandes und die Befürwortung des Austritts dem Kampf um der deutschen Minderheiten Rechnung trägt, die dort die einseitige Inflation für die Durchsetzung ihrer Ziele und Wünsche

*) Otto Jungmann. Die nationale Minderheitenpolitische Situation. Herausgegeben von Dr. Wolf Gramschke, Band 22.